

Zahlen, Fakten, Wahrheit und Vorurteile in der Pensionsdebatte Entgegnung auf die Herren Präsidenten Foglar und Tumpel

Bernd Marin und Hannes Androsch

Im Sinne des klugen „Gentlemen agree on facts“ erlauben wir uns, der Entgegnung auf unseren Beitrag bezüglich entscheidender Fakten und Kernaussagen zu widersprechen und im Lichte dieser Tatsachen auch einige große Missverständnisse aufzuklären.

Die Schweden rechnen richtig – und sind viel besser

- Nicht „Die Schweden rechnen anders“, sondern Ihr nehmt es mit Zahlen und Fakten nicht immer so genau. Zum Beispiel: wie immer man rechnet (explizite, implizite oder Lebenszeitbeitragssätze), Schweden hat selbst einschließlich der „dort flächendeckend bezahlten Betriebspensionen“ gerade *nicht* die behaupteten „viel höheren Beiträge“ zu den Pensionen, sondern deutlich niedrigere als Österreich sogar ohne Betriebspensionen. Schon um die Jahrtausendwende war der implizite Beitragssatz bei uns 31,3 (statt offizieller 22,8%) und die life cycle contribution rate 38,3% (Schweden 25,6%). In allen Berechnungsvarianten hat Schweden zwischen rund der Hälfte bis maximal drei Viertel unserer Pensionsausgaben. Krankengeldversicherung ist nicht Teil der Altersversorgung und Hinterbliebenenversicherung gibt es in Schweden kaum noch.
- Altersarmut – sowohl Armutsgefährdung wie auch Armutslücken - sind in Schweden und den nordischen Ländern deutlich geringer als in Österreich (wie sogar die AK/ÖGB-nahe und NDC-kritische WIFO-Expertin Mayrhuber zur Veranstaltung am 24.9. zugestanden hat). Das gilt insbesondere für Frauen und Hochaltrige. In Österreich ist die Benachteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt und im Pensionssystem besonders krass und wird durch das archaisch ungleiche Pensionsalter zusätzlich verschärft. Gerade bei Armutsbekämpfung, aber auch Frauengleichberechtigung und sozialer Gerechtigkeit kann Österreich daher nur von Schweden lernen - und nicht umgekehrt!
- „Altersarmut“ als der „einfache Grund“, das schwedische System *nicht* „nach Österreich zu importieren“ ist daher eine besonders kuriose, faktenwidrige Argumentation. Aber Schweden ist Österreich auch in den meisten anderen Pensions-Benchmarks überlegen: höheres durchschnittliches Pensionsniveau und höhere Lebenspensionssummen in allen von der OECD gemessenen Dimensionen, und das bei deutlich niedrigeren Beiträgen. Das Geheimnis skandinavischen Erfolgs? „Work first“ und „making work pay“: Ein viel höherer Beschäftigungsgrad, gleiches Pensionsalter für Männer und Frauen, versicherungsmathematisch korrekte Zu- und Abschläge, automatische Anpassung des Referenzalters an die steigende Lebenserwartung, aktive Arbeitsmarktpolitik, die auch die Wirtschaft in die Pflicht nimmt, als nationale Priorität, dementsprechend sechs Jahre späterer Ausstieg in den Ruhestand als in Österreich. Also Pensionsantritt wie in den 1970er Jahren, als wir noch sechs bis zehn Jahre kürzer lebten. Inzwischen weiß wirklich alle Welt, wie dieser fantastische Wohlstandszuwachs zu konsolidieren wäre. Warum ignoriert Ihr weiter viele Erfolgsrezepte und baut auf vage Hoffnungen, die schon Jahrzehnte lang nicht hielten – oder fast nur auf die Wirksamkeit der Schüssel'schen Reformen 2004f?

Was wir wirklich wollen – und was nicht

- Angesichts der inzwischen völlig leer drehenden Steuer- und Abgabenschraube scheitert eine weitere „massive Anhebung der Beiträge“, wie sie jahrzehntlang auf sehr niedrigem Niveau noch funktionierte, nicht am „Tabu der Wirtschaft“ sondern an elementarer ökonomischer Vernunft – da ist einfach nichts mehr zu holen, ohne Betriebe und Arbeitnehmer zu ruinieren. Gerade aus gesamtwirtschaftlicher Rationalität und Fairness gegenüber allen Altersgruppen haben die Schweden einen über alle Generationen hinweg fixen Beitragssatz, den auch wir befürworten. Wenn aber weder Leistungen sinken noch Beiträge steigen sollen, bleibt nur eine rasche, starke Erhöhung des faktischen und eine *gleichzeitige* langsame, minimale des gesetzlichen Pensionsalters.
- Wir wollen das gesetzliche Pensionsalter gerade nicht „massiv“, sondern nur sehr behutsam, sanft, in winzigen, homeopathischen Mindestdosen von ein paar Monaten über sehr lange Übergangszeiträume, aber vorhersehbar und offen, nicht überfallsartig anheben. Die strikte Weigerung, Lebensverlängerung automatisch in die Pensionsformel zu integrieren widerspricht jeder Expertise, allen internationalen Empfehlungen und auch dem Hausverstand und ist dauerhaft völlig unhaltbar, ohne wie der sozialdemokratische EU-Sozialkommissar feststellt, vermeidbare Altersarmut zu produzieren. Wir wollen gerade nicht wie zuletzt seit 2004 die Anspruchsvoraussetzungen durch die Hintertür weiter verschlechtern, etwa den versteckten Zwang, für die gleiche Bemessungsgrundlage durch niedrigere Steigerungsbeiträge fünf Jahre länger zu arbeiten.
- Auch wir wollen ein Pensionssystem als Sozialversicherung und nicht, wie unterstellt, als „reine Versicherung“, welche die „Leistungsseite zur alleinigen Manövriergroße macht“. Aber natürlich werden wir uns längerfristig auch bei den Pensionen von ausgabenorientierter Einnahmen- und Schuldenpolitik zu einnahmenorientierter Ausgabenpolitik und ausgeglichenen Haushalten umgewöhnen müssen, sanft, aber stetig über längere Zeiträume, wie bei jeder nötigen und erfolgreichen Budgetkonsolidierung. Denn dieses selbstfinanzierende SV-Gleichgewicht und nicht die „bottomless public purse“ war selbstverständlich auch die große Vision der Väter des Wohlfahrtsstaats von Lord Beveridge bis Gunnar Myrdal. Karl Renner hätte eine Bevölkerungsmehrheit von Versorgungsempfängern gegenüber den produktiven Erwerbsklassen gewiss als Verirrung und Dekadenz kritisiert und auch als utopischen „Sozialismus“ zu Recht für völlig unmöglich und gar nicht wünschenswert gehalten.

Beitragskonten und staatliche Beitragsgaranten

- Ein Beitragskontensystem „zielt“ keineswegs „im Kern auf eine Abschaffung des Bundesbeitrages zur Mitfinanzierung der gesetzlichen Pensionsversicherung“, das ist Gräuelpromaganda. Es zielt bloß auf volle Transparenz durch umfassende Kosten- und Kontenwahrheit statt Undurchsichtigkeit; auf Fairness und Gleichbehandlung aller statt Sonderrechte und Bemäntelung berufsständischer Privilegien; auf Regelmäßigkeit und Objektivierung statt Ermessen und Willkür; auf laufende finanzielle Bedeckung und damit eiserne Leistungsgarantien statt längerfristig haltloser und kurzfristig gebrochener Versprechen und ständiger Verschlechterungen; und auf Erwerbsanreize zum Weiterarbeiten statt auf Ausstiegsprämien wie etwa die „Hacklerei“.
- Beitragskonten auf Umlagebasis sind keinerlei Kahlschlag, wie Ihr unterstellt, sondern nur eine Art zero-budgeting, wo alle beitragsunabhängigen, steuerfinanzierten Leistungszusagen nochmals sorgsam überprüft und gerechtfertigt werden. Sie können noch viel großzügiger sein wie die grundsichernde

„Garantiepension“ in Schweden gegenüber den „Ausgleichszulagen“ in Österreich - oder weniger üppig wie die Hinterbliebenregelungen, die bei uns 5,1 Milliarden kosten und in Schweden weitgehend abgeschafft wurden. Wenn es dann dennoch hunderttausende Frauen ohne jede persönliche Grundsicherung im Alter, in Armut oder völliger Abhängigkeit in Österreich aber nicht in Schweden gibt, darf man die Wirksamkeit und Fairness der Arrangements wohl vergleichen - und verbessern. Ebenso muss man berufsständische Sonderrechte hinterfragen, etwa weshalb jede Beamtenpension noch auf Jahrzehnte mit durchschnittlich rund 400.000 statt mit weniger als 100.000 Euro wie ASVG-Pensionen subventioniert wird, und ob nicht andere - und geringere - Bezuschussungen viel gerechter wären. Und man wird die ganz groben Verwerfungen zwischen Generationen wieder etwas ins Gleichgewicht bringen müssen.

- Die steuerfinanzierten „Beitragsgaranten“ werden also endlich sichtbar, demokratisch legitimiert und bieten verbindliche, ausfinanzierte Garantien statt budgetär unsicherer, vager Erwartungen und widerrufbarer Versprechen. Selbstverständlich bleiben Armutsbekämpfung durch Ausgleichszulagen, Berufsunfähigkeit, Invalidität, Rehabilitation, Gesundheitsvorsorge, Ersatzzeiten für Arbeitslosigkeit, Krankheit, Mutterschutz, Kindererziehung, Elternkarenz, Pflege, Präsenz-/Zivildienst, usw. erhalten. Aber eben im Lichte objektiver Bedarfsprüfung und umfassender öffentlicher Diskussion, und als Transfers aus anderen Ressorts an die Pensionsversicherung, statt als „stille“ Sonderrechte bevorzugter Gruppen ohne nachhaltige Bedeckung.

AK und ÖGB haben Recht, auf zahlreiche weitere Vorzüge Schwedens gegenüber Österreich hinzuweisen, etwa auf „viel mehr Bereitschaft der Arbeitgeber, passende Arbeitsplätze für Menschen im höheren Erwerbsalter zur Verfügung zu stellen“ und dies wird eine der vordringlichsten Aufgaben der nahen Zukunft sein.

„Eine beeindruckende Ansammlung namhafter Wissenschaftler, Politiker, Unternehmer... ist“ tatsächlich „keineswegs schon per se eine Garantie für die Richtigkeit der Vorschläge“. Aber umgekehrt haben sich diese namhaften Persönlichkeiten und Sozialpartner auch nicht verdient, der „Irreführung“, „unsachlichen Verunsicherung“, „die endlich aufhören muss“, der „mutwilligen Herbeiführung von Altersarmut“ bezichtigt - oder gar von AK und Seniorenbund als „Hetzer“ eines „industrienahen neokapitalistischen Raubtiermodells“ (Khol) angepöbelt zu werden. Wir begrüßen die nunmehr erstmals einsetzende fachliche und sachliche Auseinandersetzung, die zeigen wird, wie wenig wir tatsächlich auseinander liegen und wo wir verbleibende Auffassungsunterschiede wie zum Vorteil aller ziemlich leicht überbrücken könnten – wahre Gemeinwohlorientierung und guten Willen vorausgesetzt.